

Politthriller Prozess über ägyptische Vernichtungspläne vor Basler Gericht

Basels Rolle bei Angriffsplänen gegen Israel

Ein Prozess in Basel gegen einen israelischen Agenten und einen österreichischen Nuklearforscher brachte 1963 Ägyptens atomare Rüstungspläne gegen Israel an den Tag. Dabei flog eine Zürcher Firma auf, die Ex-Nazis und Maschinenteile ins Land am Nil vermittelte. Die Öffentlichkeit war empört, der Bundesrat schwieg. Erst jetzt, nach Freigabe der Akten im Bundesarchiv, erklären sich die Zusammenhänge.

VON HANNAH EINHAUS

Alles begann am 2. März 1963 mit einem scheinbar harmlosen Treffen im Basler «Drei Könige». In den Fauteuils der noblen Hotelhalle führten drei Männer und eine Frau ein unauffälliges Gespräch – doch ging es um nichts Geringeres als die nukleare Vernichtung Israels durch Ägypten mit deutscher Hilfe.

Die Gesichter der 25-jährigen Anwältin Heidi Goercke und ihres 24-jährigen Bruders Rainer aus Freiburg im Breisgau wirkten angespannt, während die beiden anderen Männer mit Nachdruck auf sie einredeten. Der Ältere der beiden Männer war der 42-jährige Österreicher Otto Joklik. Er hatte bis vor wenigen Monaten als Dozent an der Universität Kairo mit Duzen der Geschwister gearbeitet. Ihnen stellte Joklik die vierte Person vor, einen 33-jährigen, hochgewachsenen Mann mit rötlich-blonden Haar und Sommersprossen. Er wies sich als offizieller Beauftragter der israelischen Regierung aus und nannte sich Joseph Ben Gal.

Polizeischutz angefordert

Das Gespräch drehte sich um den Vater Paul Goercke. Er gehörte zu rund 350 Ingenieuren aus Deutschland und Österreich, die Ägypten das nötige Know-how vermitteln, um mit nuklear bestückten Raketen Israel zu vernichten. Einige von ihnen waren bereits unter Hilfer an der Entwicklung der atomaren Aufrüstung des «Dritten Reichs» beteiligt gewesen. Die Vermittlung zwischen den Experten und Ägypten verlief über den Zürcher Hassan Sayed Kamil

und seiner Tarnfirma Maschinen, Turbinen- und Pumpen-AG (MTP AG).

Im Kern forderte Ben Gal Heidi Goercke dazu auf, ihren Vater aus Ägypten zur Rückkehr nach Deutschland zu bewegen, sonst könne ihm «etwas passieren». Im engsten Umfeld Goerckes waren in den vergangenen Monaten Anschläge verübt worden, der israelische Geheimdienst stand in allen drei Fällen unter Tatverdacht. In den späteren Gerichtsverhandlungen im Juni ging es darum, ob es sich hier um eine straflose Warnung oder eine strafbare Nötigung handelte. Das Gespräch im Hotel «Drei Könige» endete friedlich, doch Heidi Goercke hatte zuvor Polizeischutz angefordert. Wenige Stunden nach der Verabschiedung wurden Ben Gal und Joklik festgenommen.

Radioaktives Material für Ägypten

Die vorgerichtlichen Untersuchungen führten in die Welt der Kernphysik. Joklik, der kurz vor der Begegnung in Basel auf die israelische Seite übergetreten war, erwies sich als hilfreicher Informant. Von ihm stammten wesentliche Informationen über den ägyptisch-deutschen Waffenhandel. Er hatte selbst noch kurz zuvor bei einer Firma in Braunschweig grössere Mengen radioaktives Kobalt als ein ägyptische Adresse bestellt. Wie eine Expertise des Radiologieinstituts der Berner Universität feststellte, hatten es die Ägypter mit diesem Kobalt 60 in der Hand, Israel flüchtend über Generationen unbenutzbar zu machen.

Der Fall Ben Gal und Joklik liess die schweizerische Öffentlichkeit nicht kalt. Sie stand noch ganz unter dem Eindruck des Eichmann-Prozesses im Jahr 1961. Dort war der breiten Bevölkerung das Ausmass

«Wenn Tel Aviv brennt, dann wird die Welt wissen, dass die Brandbomben dieses Massenmordes aus schweizerischen Händen nach Kairo transportiert wurden.»

Manfred Kuhn, Anwalt und Politiker 1963 in der «National-Zeitung».

des Holocausts bewusst geworden. Entsprechend löste die Vorstellung einer zweiten Auslöschung der Juden Entrüstung aus. Dies galt auch für den Anwalt, Politiker und Publizisten Manfred Kuhn. «Wenn Tel Aviv brennt, dann wird die Welt wissen, dass die Brandbomben dieses Massenmordes aus schweizerischen Händen nach Kairo transportiert wurden», schrieb er am 5. April 1963 in der «National-Zeitung». Die Schweiz sei den Waffenhandel nicht einfach ausgeleiert, sondern nutze ihn zum gesetzlichen Spielraum gegenüber Kamil und dessen MTP AG zu wenig. Die bisherige passive Haltung der Behörden bezeichnete Kuhn als «indirekte Hilfe für den Waffentransfer».

Nötigung oder Warnung?

Wie brisant der Fall war, zeigte sich an den Sicherheitsvorkehrungen an den drei Prozesstagen vom 10. bis 12. Juni 1963 in Basel. Morgens wurde Ben Gal unter polizeilicher Aufsicht zum Gericht gefahren. Er trat als Letzter und verliess als Erster den Gerichtssaal. Die Vorhänge an den Fenstern schützten den Agenten vor Fotoaufnahmen der Paparazzi, die bereits Balkone der Nachbarhäuser besetzt hatten.

Ben Gal war also nach diesem Urteil vom 12. Juni 1963 um 22 Uhr ab sofort frei, doch frei bewegen konnte er sich nicht. Ein Geheimamt mit bekanntem Gesicht wäre kein geheimer Agent mehr. Um den Paparazzi auszuweichen, stand im Hinterhof des Gerichtsgebäudes ein Wagen für ihn bereit, der ihn unerkannt nach Frankreich saal führte. Um nicht erkannt zu werden, hielt der Angeklagte während der gesamten Verhandlungen die Hand vors Gesicht, eine Schutzmassnahme, die das Basler Gericht ihm ausnahmsweise gewährte.

Der Erste Staatsanwalt, Hans Wieland, klagte Joseph Ben Gal wegen vollendeter Nötigung gegen Heidi Goercke an und forderte drei Monate Gefängnis bedingt, abzüglich der bereits abgessenen Untersuchungshaft, dazu 15 Jahre Einespersperr. Ben Gals Verteidiger Georges Brunschwig forderte Freispruch: «Wenn ich jemanden, der sich ansieht, die Strasse zu überqueren, während die Verkehrsampel rotes Licht zeigt, sage, dass er getötet werden könnte, so drohe ich ihm doch nicht, sondern ich warne ihn einfach.»

Zwei Monate unbeding

Richter Emil Häberli verurteilte Ben Gal für versuchte und vollendete Nötigung zu zwei Monaten Gefängnis unbeding – unbeding deshalb, weil er als «senkrecht Mann» nach Ansicht des Richters jederzeit wieder bereit wäre, ähnliche Straftaten zu begehen, sofern es sich um den Schutz Israels handelte. Dazu kam ein Landesverweis von fünfzehn Jahren. Dasselbe galt für Joklik, dieser kassierte jedoch zusätzlich eine Busse wegen Missachtung der Einreiseperr. Die Gefängnisstrafen wurden durch die Untersuchungshaft bereits verbüsst.

Ben Gal war also nach diesem Urteil vom 12. Juni 1963 um 22 Uhr ab sofort frei, doch frei bewegen konnte er sich nicht. Ein Geheimamt mit bekanntem Gesicht wäre kein geheimer Agent mehr. Um den Paparazzi auszuweichen, stand im Hinterhof des Gerichtsgebäudes ein Wagen für ihn bereit, der ihn unerkannt nach Frankreich saal führte. Um nicht erkannt zu werden, hielt der Angeklagte während der gesamten Verhandlungen die Hand vors Gesicht, eine Schutzmassnahme, die das Basler Gericht ihm ausnahmsweise gewährte.



An bester Adresse: Im Basler Hotel Drei Könige hatte alles seinen Anfang genommen.

SRP JUNGVV



Während des Prozesses wurde Joseph Ben Gal (links) vor der Öffentlichkeit abgeschildert. Es existiert einzig dieses Foto.

Der Schattenmann aus Zürich

Vom Bund protegiert Wie der Unternehmer Hassan Sayed Kamil die Schweiz als diskreten Umschlagplatz für die Aufrüstung Ägyptens benutzte

VON HANNAH EINHAUS

Im Laufe des Basler Prozesses und der Aufdeckung der ägyptischen Rüstungspläne geriet zunehmend der Zürcher Unternehmer Hassan Sayed Kamil ins Rampenlicht. Mit seiner Maschinen-, Turbinen- und Pumpenfabrik MTP AG wurde er ab 1960 zum Verbindungsmann zwischen Ägyptens Diktator Gamal Abdel Nasser und deutschen Firmen und Experten, die Maschinenteile und Know-how nach Ägypten bringen sollten. Über Jahre gelang dem ETH-Diplomierten Maschineningenieur, die neutrale Schweiz als diskreten Umschlagplatz für die Aufrüstung des mächtigsten Staates im Nahen Osten zu benutzen.

Der Sohn eines Ägypters und einer Schweizerin, geboren im bernischen Langenthal, war in erster Linie ein tüchtiger Geschäftsmann und hatte keinerlei Berufungsinhalte, mit hochrangigen Ex-Nazis zusammenzuarbeiten. So setzte er den ehemaligen SS-Standartenführer und Flugzeuginstrukteur Ferdinand Brandner als Geschäftsführer seiner MTP AG ein. Mit dem Export von Maschinenteilen und der Stellenvermittlung tat er jedoch nichts Illegales.

Erst der Basler Spionagefall machte diese Geschäfte publik – nicht ohne Folgen. Neben öffentlichen Protesten bekamen auch zwei MTP-Mitarbeiter Skrupel, für Kamil zu arbeiten. Sie begannen,

heimlich Akten ihres Chefs zu kopieren und verkauften die Informationen an den israelischen Geheimdienst. Nach einer Anklage Kamils standen sie im Mai 1964 wegen Verletzung von Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnissen vor dem Zürcher Bezirksgericht. Die beiden wurden schuldig gesprochen, doch die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich nun gegen den Ägypter an der Limmat.

Am 18. Juni 1964, wenige Wochen nach dem Urteil gegen die beiden Mitarbeiter, schlossen sich 317 Professoren von mehreren Schweizer Universitäten zusammen und forderten in einem ganzseitigen Inserat der «Neuen Zürcher Zeitung» ein Ende der Schweizer Rüstungshilfe an Ägypten. Das Inserat appellierte an die Moral: «Es genügt nicht, dass wir lediglich das rechtlich Verbotene tun.»

Der Zürcher Kantons- und Nationalrat Werner Schmid vom Landesring der Unabhängigen (LdU) bemühte sich mit Vorstossen vergeblich um eine Ausweisung Kamils. Sollten dessen Geschäfte die innere oder äussere Sicherheit der Schweiz gefährden, wäre dies möglich gewesen. Dennoch sah sich Kamil durch den öffentlichen Druck gezwungen, seine Position darzulegen, und berief am 9. Juli 1964 eine Medienkonferenz im Zürcher Kongresshaus ein und beteuerte, die Schweizer Behörden hätten ihm eine Unbedenklichkeitserklärung erteilt.

Dies war nicht falsch, wie sich nun nach Öffnung der entsprechenden Akten im Bundesarchiv erwiesen hat.

Der Segen aus Bern

Die vornehme Zurückhaltung des Bundesrats und das Ausbleiben der geforderten Ausweisungen Kamils hatten handfeste wirtschaftliche Gründe: Nasser hatte nach seiner Machtübernahme 1956 Industrieunternehmen, Banken sowie Import- und Exportfirmen nach und nach verstaatlicht, auch solche in ausländischem Besitz. Davon betroffen waren auch einige Schweizer Firmen wie die Zementfabrik des Industriellen und FDP-Nationalrats Max Schmidheiny.

Der Bundesrat und die betroffenen Firmen forderten Entschädigung. Seit April 1962 liefen Verhandlungen mit der

Regierung Nasser. Die Gespräche endeten nach mehreren Unterbrüchen am 20. Juli 1964. Die Schweiz erhielt von Ägypten die Zusage für Entschädigungen im Umfang von 40 Millionen Franken. Eine Ratifizierung durch das ägyptische Parlament stand noch aus. Eine

«Wenn wir Kamil ohne seriöse Gründe ausweisen, müssen wir mit ägyptischen Repressalien rechnen.»

Ein Vertreter des Ausseministeriums in einem vertraulichen Protokoll

Vermittlung durch Kamil ist nicht auszuschliessen: Er kannte Ägypten und die Schweiz, sprach perfekt beide Sprachen, war eng vernetzt in der gesamten

Maschinen- und Motorenindustrie – und war gut befreundet mit Nasser.

Diese Umstände wären jedenfalls eine plausible Erklärung für den schonenden Umgang der Behörden mit Kamil. Laut einem vertraulichen Protokoll sagte ein Vertreter des Ausseministeriums im August tatsächlich: «Wenn wir Kamil ohne seriöse Gründe ausweisen, so müssen wir mit ägyptischen Repressalien rechnen.» Es gelte, die Ratifizierung abzuwarten. Offenbar wollte der Bundesrat das Abkommen mit Ägypten nicht durch eine ablehnende Haltung gegenüber Kamil gefährden. Das Abkommen wurde im November 1964 durchgewinkt. Wenige Monate später löste Kamil seine Firma auf. Nasser hatte sich für eine sowjetische Aufrüstungshilfe entschieden. Zur Ausweisung Kamils kam es nie.

BIOGRAPHIE

Ein Spiegel der Juden in der Schweiz

Die Geschichte um den Basler Spionagefall und den Waffenhandler aus Zürich ist Teil einer Biografie über den Verteidiger Ben Gals, den Berner Anwalt Georges Brunschwig. Dessen Leben eignet sich geradezu als Spiegel der Juden und des Antisemitismus in der Schweiz im 20. Jahrhundert. Bekannt

wurde er mit dem Berner Prozess 1934/35 gegen die antisemitischen «Protokolle der Weisen von Zion» und präsidierte nach dem Krieg ab 1946 bis zu seinem Tod 1973 den Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund. Vor dem Basler Gericht trat er in seiner Rolle als Rechtsvertreter der israelischen Botschaft auf.



Hannah Einhaus: Für Recht und Würde. Georges Brunschwig (1908-1973), jüdischer Demokrat, Berner Anwalt, Schweizer Patriot, Zürich 2016.